

**Beschlussvorschlag**

Es wird vorgeschlagen zu beschließen:

Die Landschaftsversammlung beschließt die Haushaltssatzung des Haushaltsjahres 2007 einschließlich Haushaltsplan, Veränderungsnachweis und Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut:

**Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2007**

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 23 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 657), zuletzt geändert durch Artikel 20 des dritten Gesetzes zur Befristung des Landesrechtes Nordrhein-Westfalen vom 05.04.2005 (GV. NRW S. 306) in Verbindung mit §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes (Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz – LPartAnpG) vom 03.05.2005 (GV. NRW S. 498), hat die Landschaftsversammlung mit Beschluss vom 27.03.2007 folgende Satzung erlassen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Landschaftsverbandes Rheinland voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendige Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im	<b>Ergebnisplan</b>	mit	
	Gesamtbetrag der Erträge auf		2.640.975.600 EUR
	Gesamtbetrag der Aufwendungen auf		2.624.069.200 EUR
im	<b>Finanzplan</b>	mit	
	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf		2.609.165.850 EUR
	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf		2.571.727.800 EUR
	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf		133.079.000 EUR
	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf		190.321.450 EUR
	festgesetzt.		

**§ 2**

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme zur Finanzierung von Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit erforderlich ist, wird auf

19.639.450 EUR

festgesetzt.

### § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

14.422.050 EUR

festgesetzt.

### § 4

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

350.000.000 EUR

festgesetzt.

### § 5

Die gemäß § 22 der Landschaftsverbandsordnung zu erhebende Umlage wird auf

16,5 %

der für das Haushaltsjahr 2007 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt.  
Die Umlage ist in Monatsbeträgen jeweils zum 15. eines Monats zu zahlen.

### § 6

1. Die im Stellenplan als künftig wegfallend (kw) bezeichneten Stellen dürfen nach Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberinnen bzw. Stelleninhaber zur Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach Ablauf der Ermäßigung der Arbeitszeit oder der Beurlaubung nach den Regelungen der §§ 85a und 78b LBG NW bzw. des § 28 TVöD zur Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung zurückkehren, in Anspruch genommen werden.
2. Die im Stellenplan ausgewiesenen Umwandlungsvermerke werden in der Weise erfüllt, dass mindestens jede dritte, freierwerdende, mit dem Vermerk versehene Planstelle der Besoldungsgruppe in eine Stelle der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln ist, und zwar fortwirkend bis zu der Besoldungsgruppe, für die die Obergrenzen noch nicht erreicht sind.

Köln, 27. März 2007

Dr. Wilhelm  
Vorsitzender der Landschaftsversammlung

Molsberger  
Der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland